

**DEPARTEMENT
FINANZEN UND RESSOURCEN**

EANHÖRUNG: IHRE STELLUNGNAHME

Dieses Dokument zeigt Ihnen Ihre notierten Angaben aus dem Online-Fragebogen. Es wird automatisch generiert.

Details

Name der eAnhörung	Materielle und formelle Revision des Gebührenrechts; Allgemeines Gebührengesetz (GebührG) und Gebührendekret (GebührD)
PDF-Dokument generiert am	08.12.2021 16:12
Stellungnahme von:	Aargauische Industrie- und Handelskammer (AIHK)

FRAGEBOGEN ZUR ANHÖRUNG

Materielle und formelle Revision des Gebührenrechts; Allgemeines Gebührengesetz (GebührG) und Gebührendekret (GebührD)

Anhörungsdauer

Die Anhörung dauert vom 9. September 2021 bis 9. Dezember 2021.

Inhalt

Mit der Vorlage "Materielle und formelle Revision des Gebührenrechts" soll die Steuerbarkeit durch den Grossen Rat, die Auffindbarkeit der Gebührentatbestände für die Öffentlichkeit und Verwaltung sowie allgemein die Rechtssicherheit erhöht werden. Seit der ersten Anhörung der Vorlage im Jahr 2012 wurden neben der Aktualisierung der Rechtsanalyse insbesondere die Gebührentatbestände hinsichtlich Kosten und Erlöse einer erneuten vertieften Prüfung unterzogen.

Die vollständigen Unterlagen zur Vorlage und zur Anhörung sind zu finden unter www.ag.ch/anhörungen.

Auskunftsperson

Bei inhaltlichen Fragen zur Anhörung können Sie sich an die folgende Stelle wenden:

KANTON AARGAU

Departement Finanzen und Ressourcen

Christian Moser

Leiter Abteilung Finanzen

christian.moser@ag.ch

Angaben zur Ihrer Stellungnahme

Sie nehmen an dieser Anhörung im Namen einer Organisation teil.

Wenn Ihnen unten bereits Daten angezeigt werden, sind Ihre Angaben bereits hinterlegt. Sie können die Daten bei Bedarf überschreiben und so die Angaben korrigieren. Wichtig: Wenn Sie bspw. die E-Mail-Adresse ändern, wird fortan die neue von Ihnen notierte E-Mail-Adresse für den E-Mail-Versand für eine Anhörungseinladung verwendet!

Wenn Ihnen noch keine Angaben angezeigt werden, geben Sie bitte unten Ihre entsprechenden Kontaktdaten ein. Die notierten Angaben werden hinterlegt und Ihnen in weiteren Teilnahmen an eAnhörungen automatisch angezeigt.

Adressblock - Ihre Angaben

Name der Organisation	Aargauische Industrie- und Handelskammer (AIHK)
E-Mail	info@aihk.ch

Zuständige Person bei inhaltlichen Rückfragen

Bitte notieren

Vorname	David Sassan
Nachname	Müller
E-Mail	david.mueller@aihk.ch

Fragen zur Anhörungsvorlage

Frage 1

Anhörungsbericht Kapitel 3 (Ziele 1 und 2)

Die Revision sieht eine formelle Neugestaltung des Gebührenrechts vor, welche die Steuerbarkeit durch den Grossen Rat, die Auffindbarkeit und die Rechtssicherheit erhöht. Das Gebührenrecht wird grundsätzlich auf Dekretsstufe festgelegt. Auf Gesetzesstufe sollen lediglich die allgemeinen Grundsätze festgehalten werden, während die konkreten Tarife auf Verordnungsebene geregelt werden.

Sind Sie mit dieser Ausgestaltung und der damit einhergehenden Kompetenzverteilung einverstanden?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 1

Grundsätzlich sind wir mit der Kompetenzverteilung einverstanden. Allerdings plädieren wir angesichts des im Abgaberecht besonders ausgeprägten Legalitätsprinzips dafür, dass die Gebühren schon auf Gesetzesstufe über die allgemeinen Grundsätze hinaus etwas klarer geregelt werden.

Frage 2

Anhörungsbericht Kapitel 3 (Ziel 5) und Kapitel 4.5; § 3 E-GebührG; § 7 E-GebührG; § 8 E-GebührG

Die Gebühren sind grundsätzlich kostendeckend, verursachergerecht und verhältnismässig ausgestaltet. Im Rahmen des Revisionsvorhabens wird weder eine Erhöhung noch Reduktion der Gebührenbelastung der Bevölkerung und der Unternehmen angestrebt. Die wesentliche Überdeckung im Aufgabenbereich 215 Verkehrszulassung soll jedoch gesenkt werden. Hingegen sollen Gebührenerhöhungen nur im Einzelfall und wo rechtlich sowie politisch opportun erfolgen.

Sind Sie mit diesem Vorgehen einverstanden?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 2

Mit Blick auf das Kostendeckungs- und Äquivalenzprinzip im Abgabenrecht ist besonderes Augenmerk auf die Digitalisierung zu legen: So ist davon auszugehen, dass mit zunehmender Digitalisierung auch die Verwaltung immer effizienter wird. Es ist aus unserer Sicht wichtig, dass solche Effizienzgewinne laufend an die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen weitergegeben werden. Angesichts der zunehmenden Digitalisierung ist daher tendenziell davon auszugehen, dass die Gebühren in den kommenden Jahren sinken.

Frage 3

Anhörungsbericht § 1 E-GebührG

Dem Grossen Rat sollen zwei Varianten vorgelegt werden, wonach den Gemeinden die Möglichkeit eingeräumt wird, entweder die Anwendbarkeit des kantonalen Rechts in der Gemeindeordnung auszuschliessen (Variante 1) oder das allgemeine kantonale Gebührenrecht in der Gemeindeordnung anwendbar zu erklären (Variante 2). Wollen die Gemeinden bei Variante 1 am Status quo festhalten, müssen sie aktiv werden und die Geltung des Allgemeinen Gebührengesetzes bewusst in der Gemeindeordnung ausschliessen; bei Variante 2 bestünde kein Handlungsbedarf.

a) Sind Sie damit einverstanden, dass das Allgemeine Gebührengesetz als subsidiäres kommunales Gebührenrecht Anwendung finden kann?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

a) Welche Variante bevorzugen Sie?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- Variante 1
- Variante 2
- keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 3

Aufgrund der Gemeindeautonomie ist die «opt-in»-Regelung (Variante 2) für uns die klar favorisierte Lösung. Variante 1 stehen wir skeptisch gegenüber.

Frage 4

Anhörungsbericht § 4 E-GebührG; § 14 E-GebührG

Es sollen verschiedene Tatbestände wie Gesuchsverfahren für kantonale Beiträge, Einsprache- beziehungsweise Einwendungsverfahren oder einfache Auskünfte von der Gebührenpflicht ausgenommen werden.

Zudem soll aus verwaltungsökonomischen Gründen auf die Gebührenerhebung verzichtet werden, wenn die Gebühr den durch die Rechnungsstellung verursachten Aufwand nicht zu decken vermag oder der Bezug von vornherein aussichtslos erscheint.

Sind sie damit einverstanden?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 4

Hier sind wir aus pragmatischen Gründen einverstanden. Die Details zu den fraglichen Tatbeständen gilt es allerdings noch zu klären.

Frage 5

Anhörungsbericht § 11 E-GebührG; § 3 E-GebührD

Wenn die Teuerung eine festgelegte Veränderung erfahren hat (Grenze von 10 %), soll der Regierungsrat die Möglichkeit erhalten, Gebührentarife an die Preisentwicklung anzupassen.

Sind Sie damit einverstanden, dass auf eine automatische Teuerungsanpassung verzichtet wird und stattdessen der Regierungsrat, ab einem vom Grossen Rat bestimmten Schwellenwert (10 %), die Gebührentarife maximal im Umfang der Teuerung anpassen kann?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 5
Keine.

Frage 6

Anhörungsbericht Kapitel 1.1; § 15 E-GebührG; Kapitel 5.4, Ziffer 12, § 30 Abs. 1 VRPG

In Umsetzung des an den Regierungsrat überwiesenen Postulats Lütolf mit der Zielsetzung, die finanziellen Hürden für Rechtsmittel vor Verwaltungsbehörden zu reduzieren, schlägt der Regierungsrat vor, die Kostenvorschüsse grundsätzlich auf die Hälfte der mutmasslichen Gebühren und Auslagen zu senken, wobei zusätzlich ein Maximalbetrag gelten soll.

Der Vorschlag, die Kostenvorschüsse in Beschwerdeverfahren grundsätzlich auf die Hälfte der mutmasslichen Gebühren und Auslagen zu begrenzen, würde auch der Lösung entsprechen, die im Rahmen der aktuellen Änderung der Schweizerischen Zivilprozessordnung (Verbesserung der Praxistauglichkeit und Rechtsdurchsetzung) vom Bundesrat vorgeschlagen wird (vgl. BBI 2020 2697).

Sind Sie damit einverstanden?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden

- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 6

Vielfach sind die hohen Kostenvorschüsse effektiv die entscheidende Hürde, welche Private und Unternehmen vor der Einleitung eines Verfahrens abschrecken. Ein einfacherer Zugang zur Justiz ist grundsätzlich begrüßenswert.

Allerdings besteht auch die Gefahr des Missbrauchs. Es kann nicht sein, dass schlussendlich die Allgemeinheit für individuell-konkrete Verfahren aufkommen muss. Ist ein Verfahren querulatorisch und/oder aussichtslos, so müsste hierfür eine Ausnahme gemacht werden können.

Frage 7

Anhörungsbericht § 3 E-GebührG

§ 3 E-GebührG ist als gesetzliche Grundnorm der allgemeinen Gebührenpflicht anzusehen. Dies stellt gegenüber dem geltenden Recht einen Paradigmenwechsel dar: Neu ist die Unentgeltlichkeit die Ausnahme und nicht die Regel (vgl. § 31 Abs. 1 VRPG). Ausnahmen von der grundsätzlichen Gebührenpflicht sind in § 4 E-GebührG definiert beziehungsweise in Spezialerlassen ausdrücklich vorzusehen. Die allgemeine Gebührenpflicht bedeutet nicht, dass für alle Leistungen, die gesetzlich nicht ausdrücklich unentgeltlich erklärt worden sind, automatisch eine Gebühr geleistet werden muss. Ergänzend zur allgemeinen Gebührenpflicht ist hierzu jeweils grundsätzlich noch eine entsprechende Konkretisierung (das heisst ein konkreter Gebührentatbestand) auf Verordnungsstufe erforderlich. Bestehende unentgeltliche Leistungen sollen grundsätzlich unentgeltlich bleiben. Die Unentgeltlichkeit soll jedoch bewusst durch den Gesetzgeber entschieden werden.

Sind Sie damit einverstanden, dass die Unentgeltlichkeit von Leistungen und Benutzungen bewusst durch den Gesetzgeber entschieden werden soll?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 7

Wir lehnen den Paradigmenwechsel klar ab: Leistungen sollen grundsätzlich unentgeltlich bleiben!
Es ist Sache des Grossen Rates im Gesetz zu definieren, welche staatlichen Leistungen etwas kosten sollen.

Auf der nachfolgenden Seite erhalten Sie Gelegenheit, Schlussbemerkungen zur vorliegenden Anhörung zu notieren.

Bitte beachten Sie: Ihre Stellungnahme wird erst eingereicht, wenn Sie anschliessend auf den Button "Antworten abschicken" klicken! Vorher wird Ihre Stellungnahme nicht übermittelt.

Schlussbemerkungen

Keine, vielen Dank.